

1908 siegte zum ersten Mal seit Jahrzehnten in demselben Wahlkreis wieder ein Nationalliberaler, Dr. Becker, über die „rote Schlange“, den Sozialdemokraten Ulrich, während ihm die „schwarze Schlange“, das Zentrum, hilflosesten Beistand leistete. So wandeln sich die Zeiten, und auch Dernburg-Sohn, der soeben wider die „schwarze Schlange“ wetteiferte, wird sich wohl auch bald nach alter Tradition von neuem ihrer Unterstützung bedienen.

„Das ist nur in Amerika möglich“, versicherte mit frommem Augenaufschlag die agrarische Presse, als sie die amerikanischen Fleischtrakt-Forderungen für ihre Zwecke ausschaltete. Nun wird sie eines Besseren belehrt. Aus Hamburg kommt soeben die Nachricht von der Flucht des Inhabers der Fabrik Vinz Corned Beef, des Kaufmanns Walter Vinz, wegen betrügerischen Bankrotts. Infolge einer riesigen Klage erlangte die Konfektfabrik von Vinz einen kolossalen Umsatz in ganz Deutschland. Wie jetzt festgestellt wurde, sind ganze Wagenladungen verdorbenen Fleisches zur Fabrikation von Corned Beef verwandt worden. Der Staatsanwalt nahm eine Revision der Fabrik vor. Vinz ist nach Kanada geflohen.

Neue Marinekassen. Im neuen Marineetat sollen außer den planmäßigen Personalvermehrungen vor allem auch Verstärkungen für die Truppen des Minenwesens gefordert werden, die zurzeit aus einer Minenkompanie besteht. Diese soll zu einer ganzen Minenabteilung erweitert werden.

Der Antifemist Raab, dessen Mandat von der Wahlprüfungs-Kommission einstimmig für ungültig erklärt worden ist, hat endlich sein Mandat niedergelegt. Ein scharfer Druck in der Presse war dazu nötig.

Die Mannheimer Reichstagswahl ist auf den 25. Januar 1907 in Aussicht genommen.

Ergebnis der Wahlen in Württemberg. Die in Stuttgart nach dem Proporz vorgenommenen Landtagswahlen hatten folgendes Ergebnis: Es wurden gewählt: Gemeinderat Klotz (Soz.) mit 40 865 Stimmen, Buchhändler Fischer (Soz.) mit 10 257 Stimmen, Redakteur Heymann (Soz.) mit 10 005 Stimmen, Oberbürgermeister v. Gauß (Rp.) mit 12 027 Stimmen, Eisenbahnsekretär Baumann (Deutsche Partei) mit 11 735 Stimmen und Sekretär Pfister (konf.) mit 6040 Stimmen.

Die Rettung der Republik Hamburg. Im Geheimbündnisprozeß erkannte heute die I. Strafkammer gegen Dersow wegen Geheimbündel auf zwei Monate Gefängnis, gegen Sula wegen Geheimbündel auf zwei Monate Gefängnis und wegen falscher Meldung auf 10 Tage Haft, gegen Sutte wegen falscher Meldung auf eine Woche Haft. Die beiden Groß, Grünberg und Witold wurden freigesprochen. Die verhängten Strafen sind als verhängt zu erachten.

gt. Ein Böhm in Bayern. Ein seltsames Auftreten gestaltete sich ein Würzburger Richter in einer Verhandlung des Schöffengerichts, die er leitete. Der Maurer Grasser war beschuldigt, den Arbeitswilligen Mafel beleidigt zu haben. Die Anklage stützte sich auf die Angaben des Mafel, der aber unter Eid seine frühere Aussage nicht mehr aufrecht erhalten konnte. Der Ankläger, Dr. Vamberger, schien empört, daß ihm der Angeklagte entgegen sollte, er herrsche ihn und den Zeugen an: „Ihr habt euch halt wieder zusammengelassen.“ Als der Angeklagte wiederholt bestritt, die inkriminierte Äußerung gemacht zu haben: „Erst habt ihr draußen das große Maul, aber hier stellt ihr euch her wie Kinder und Lausbuben.“ Der Verteidiger protestierte, aber der Richter wiederholte die Äußerung und erklärte, das sei seine persönliche Meinung. Ganz wie Herr Böhm!

Ärzte und Krankenkassen. In Düsseldorf ist es zwischen Ärzten und Krankenkasse zum offenen Kampf gekommen. Die Ärzte verlangen die Akzeptierung eines Vertrages mit erhöhten Pauschalgehältern und zwar auf die Dauer von 5 Jahren. Sie begründen die Forderung mit den unzulänglichen Honorarverhältnissen; dabei ist festgestellt, daß im Durchschnitt für jede Konsultation in der Sprechstunde — 77 Mk. und 1,15 Mk. für den Besuch des Arztes in der Wohnung des Patienten gezahlt wird. Wertwürdigermesse fordern die Ärzte von den verschiedenen Ortskrankenkassen nicht gleich hohe Sätze, während z. B. eine Klasse 5,88 Mk., selbstverständlich ohne Familienbehandlung, bezahlen soll, verlangt man von einer andern 4,45 Mk. Gegen diese Forderungen legen sich die Verwaltungen der Kassen ganz energisch zur Wehr. Eine Sitzung der Vertrauensmänner der organisierten Arbeiterchaft nahm schon Stellung zu dem Kampfe. Beschlossen wurde, eine Kommission zu wählen, die Aufklärung über die Forderungen der Ärzte in die breite Masse der Arbeiter zu tragen hat. Weiter soll das Gewerkschaftsamt eine Liste von 45—50 Ärzten aufstellen, die von der Arbeiterchaft konsultiert werden dürfen.

Ein freigesprochenes Ordnungshüter. Der Schuhmann Weß, der bei einem nächtlichen Strahl in Vödenhof bei Köln auf einen Arbeiter drei Schüsse abfeuerte und ihn tötete, wurde — da er in Notwehr gehandelt habe — vom Schwurgericht in Köln auf Antrag des Staatsanwalts freigesprochen.

Vom polnischen Kriegsschauplatz. Nach den Feststellungen polnischer Blätter beträgt die Zahl der in den Provinzen Posen, Westpreußen und Schlesien freitenden polnischen Schulkinder rund 120 000.

Kleine politische Nachrichten. Die französische Deputiertenkammer hat einstimmig die Algecirasakte ratifiziert. — Auf der Insel Timor fand wiederum ein blutiger Kampf zwischen holländischen Kolonialtruppen und Eingeborenen statt; von den ersteren wurden 3 Mann, von den letzteren 22 Mann getötet.

Frankreich.

Der Minister der frommen Tugend.

Jr. Aristide Briand, weiland Propagandist des allerrevolutionären Generalstreiks, ist ein sehr maßvoller Herr geworden — seit er Minister ist. Vor einigen Tagen präsidierte er ein Banquet eines Lehrervereins. Bei dieser Gelegenheit gab der gewesene Revolutionär den Lehrern viel weise Lehren. Zunächst sprach er vom Gewerkschaftsrecht, das die Lehrer seit langem fordern. Ob Gewerkschaft, ob gegenseitiger Unterstützungsverein, sagte der Minister den Lehrern, auf den Namen soll es mir nicht ankommen. „Aber welches auch die Form dieses Rechtes sei, Sie würden es immer nur innerhalb der Grenzen, die Ihnen Ihre gesunde Vernunft vorgezeichnet, ausüben können. Der Grund hierfür? Weil Sie Beamte sind. Der Arbeiter, der Angestellte hat nur die Privatinteressen seines Unternehmers vor sich, Sie jedoch befinden sich gegenüber

der Nation selbst, und wenn Sie revoltieren, erheben sie sich gegen das Vaterland.“

Um zur Evidenz nachzuweisen, wie tief man sinken kann, wenn man Minister wird, fügte er nach folgenden staatsmännischen Worten hinzu: „Sie wären unentschuldigbar, wenn Sie jetzt, nachdem Sie die hohe Mission übernommen haben, Menschen zu bilden, unfähig wären, Ihre eignen Handlungen dem Maße der Vernunft anzupassen. In dieser weithergehenden Demokratie, in der jedes Ideal die Hoffnung haben kann, sich durchzusetzen (d. h. in der man noch so revolutionär reden kann, ohne deshalb die Hoffnung aufgeben zu müssen, „sich durchzusetzen“ und Minister zu werden, wenn man den rechten Augenblick erwischt, um seine früheren Handlungen dem Maße der Vernunft anzupassen), weshalb Mittel anwenden, die man bereuen möchte, wenn man sich wieder vor seinem Gewissen findet?“ — Also seid klug und weise, damit ihr nicht wie ich, der ehemalige Propagandist des Militärstreiks, dereinst in die immerhin nicht ganz saubere Verführung geratet, eure einstigen Mittel abzuleugnen, wenn ihr euch wieder vor eurem ministeriellen Gewissen befindet. — Wie Napoleon seine Soldaten mit dem legendären Marschallstab, den jeder im Tornister trug, aufschaltete, so zeigt Briand an seinem Beispiel, daß jeder das Ministerportefeuille im Schürzengürtel trägt. Der ungeteilte Beifall der gesamten Bourgeoispreffe, den Briand für seine „wahrhaft staatsmännischen Worte“ eingeholte, schaltete ihn gefeiert in der Kammer auf, in der Selbstzüchtigung fortzuführen. Genosse Blanc, ein Lehrer, hatte den Minister über die Verführung eines Schulinspektors, der sich wegen seiner fortschrittlichen Gesinnung unter den Schwarzen seines Wirkungsbereichs mißliebig gemacht hatte, interpelliert. Darauf sagte der Minister unter andern: „Wenn die Lehrer in einer Gemeinde eine offene politische Haltung einnehmen, wie alle Bürger, so müssen sie sich auf die Gefahren, denen sie sich aussetzen, gefaßt machen. Der Kaufmann, der Industrielle, der Advokat, der Redakteur, alle riskieren eine Einbuße ihrer moralischen und materiellen Situation durch die Haltung, die sie einnehmen. Der Lehrer kann nicht durch eine Art Privileg außerhalb aller Angelegenheiten stehen. Sie, Herr Blanc, Sie waren nicht nur Lehrer, Sie sind in die Wahlschlacht gegangen, Sie sind gewählt worden, Sie sind in der Kammer. Wenn Sie unterlegen wären, wäre Ihre Stellung in der Gemeinde nicht sehr schwierig geworden?“ — Also sprach Herr Aristide Briand, gewesener Revolutionär, der jetzt für 80 000 Fr. jährlich die Geschäfte der Bourgeoisie besorgt, deren Vertreter ihm gestern frenetisch applaudierten.

Großbritannien.

Eine deutsch-amerikanische Konvention? — Die Kongressfrage.

Im Unterhause stellte Gibson Bowles die Anfrage, ob eine Konvention oder eine Abmachung zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland bestehe darüber, daß im Falle einer kriegerischen Verwicklung Deutschlands die deutsche Handelsmarine unter die Flagge der Vereinigten Staaten treten solle, und ob die Regierung irgendwelche Mitteilungen über diese Angelegenheit von dem britischen Vizesekretär in Washington erhalten habe. Als der Staatssekretär des Auswärtigen, Sir Edward Grey, dies verneinte und erklärte, daß, wenn Gibson Bowles zuverlässige Nachrichten darüber besäße, er solche gern von ihm entgegennehmen würde, fragte Bowles weiter, ob dem Auswärtigen Amt denn gar nichts offizielles von irgend welcher Seite über diese Sache zugegangen sei. Nachdem Grey auch dies verneinte und das Bestehen einer solchen Abmachung für unwahrscheinlich erklärt hat, stellt Lee (konf.) die Frage, ob nicht jede von der Regierung der Vereinigten Staaten vereinbarte Konvention oder Abmachung vom Kongress ratifiziert werden müsse und es daher unmöglich sei, daß ein solcher Abschluß geheim bleibe. Hierauf erwidert Grey, daß die Annahme Lees vollständig zutrefte, und er von vornherein, als er von der Stellung der Anfrage gehört, die Tatsache für völlig unmöglich gehalten habe.

In Beantwortung einer anderen Anfrage teilt der Staatssekretär des Auswärtigen mit, die englische Regierung beabsichtige nicht, irgend einen Schritt in bezug auf den Kongress zu tun, so lange das Ergebnis der zurzeit in der belgischen Kammer stattfindenden Erörterung noch aussteht. In jedem Falle würde der erste Schritt, den die Regierung in der Angelegenheit tun würde, darin bestehen, die anderen Mächte zu befragen. Es sei augenscheinlich, daß ein Vorgehen durch Belgien allein oder ein gemeinsames Vorgehen mit anderen Mächten zu einem vollständigeren wirklichen Systemwechsel führen würde, als dies geschehen könnte durch ein besonderes Vorgehen irgend einer Macht ohne Belgien.

Im Oberhause

wurde das Unterrichts-gesetz in dritter Lesung mit 105 gegen 38 Stimmen angenommen. Die Minorität setzt sich aus den römisch-katholischen und den der äußersten anglikanischen Richtung angehörenden Mitgliedern zusammen. Der Ton der Reden des Lordpräsidenten des geheimen Rats Earl of Creve und des Marquis of Lansdowne scheinen anzudeuten, daß eine Einigung der beiden Häuser schließlich erzielt werden dürfte. Das Gesetz wird in seiner abgeänderten Form am 10. d. M. im Unterhause zur Beratung kommen.

Angelegenheiten.

Schulbeginn und Schulferien.

Das Kultusministerium hat auf die Eingabe der städtischen Behörden Dresdens, daß in den städtischen Schulen Dresdens künftighin versuchsweise das Schuljahr, unabhängig vom Ostersfest, mit dem 1. April beginnen und am 31. März schließen solle, abschlägig geantwortet.

In den sächsischen Schulen richtet sich bekanntlich der Beginn und das Ende der Schuljahre nach der Lage des Ostersfestes, und da dessen Termin sich kalendermäßig um etwa fünf Wochen verschieben kann, ermachnen nicht nur dem inneren Schuldienste selbst, sondern dem gesamten

übrigen Verkehrsleben, sobald es mit der Schule in Verbindung kommt, oft genug große Schwierigkeiten. Diese längst anerkannten Mißstände hatten den Rat und die Stadtverordneten zu Dresden veranlaßt, mit der zuständigen Bezirkschulinspektion beim Kultusministerium in der angegebenen Richtung vorstellig zu werden.

Zur Begründung des Antrages wurde auf die Verschiedenheit der Schulgeldzahlung hingewiesen, die in einem so großen Haushalt eine wichtige Rolle spielt. Ähnlich wie beim Schulgelde entstehen auch Zweifel und Unbilligkeiten beim Bezug von Freistellen an höheren Unterrichtsanstalten. Gewichtiger als diese finanziellen Erwägungen fallen die Schwierigkeiten in die Wagtschale, die sich beim Uebergang der Schüler in das Berufsleben oder an auswärtige Schulanstalten mit feststehendem Schuljahr ergeben. An höheren Unterrichtsanstalten bringt häufig auch der am 1. April mögliche Eintritt in das stehende Heer eine Abkürzung der Schulzeit mit sich; ebenso müssen Kinder von Beamten oder Angestellten aller Art, die zu Beginn des Frühjahrsquartals ihren Wohnort infolge Verlegung wechseln, mitten im Unterrichte auscheiden. In der Großstadt zieht schließlich auch bereits der Wohnungswechsel und der Umzug in einen andern Stadtteil ähnliche Folgen nach sich. Der Hauptgrund für die Festlegung des Schuljahres, das jetzt schon in einer Reihe deutscher Städte eingeführt ist, liegt aber in den Anforderungen des inneren Schuldienstes selbst begründet, da bei der streng geregelten Abgrenzung der einzelnen Lehrpläne es nicht gleichgültig sein kann, ob das eine Schuljahr um vier bis fünf Unterrichtswochen kürzer ist als das andere.

In dem auf diese Eingabe ergangenen ablehnenden Bescheide ist darauf hingewiesen, daß angesichts jener Unzulänglichkeiten bereits die Neuordnung für das ganze Land in Erwägung gezogen würde und deshalb unter Mitwirkung der Stände eine Änderung der einschlagenden Gesetzgebung nötig sei. Die Schaffung eines Ausnahmezustandes für eine einzelne Schulgemeinde sei jetzt um so weniger dringlich, als das nächste Osterfest auf den 31. März fielen, also gar keine Abweichung von dem gewöhnlichen Schulbetrieb nötig mache.

Mit der Frage des Beginns des Schuljahres hat sich auch der Vorstand des sächsischen Lehrervereins in seinen letzten Vorstandssitzungen beschäftigt; er hat die bezüglichen Beschlüsse der letzten Vertreterversammlung in folgender Resolution zusammengefaßt:

Der Beginn des Schuljahres erfolgt bei den Volksschulen und bei den höheren Schulen zu gleicher Zeit. Er ist nicht auf einen Termin des kirchlichen, sondern des bürgerlichen Jahres festzulegen.

Dieselbe Resolution spricht sich über die Ferienfrage wie folgt aus:

Die Gesamtdauer der Ferien ist an Volks- und höheren Schulen gleich. Die Ferien der Volksschulen sind zu den drei hohen Festen Weihnachten, Ostern und Pfingsten mit denen der höheren Schulen völlig gleich zu legen, und zwar so, daß die jetzt für die zuletzt genannten Anstalten festgesetzten Weihnachts-, Oster- und Pfingstferien bei einer etwa folgenden Neuordnung für die Volksschulen beizubehalten, bezw. soweit dies noch nicht geschehen ist, einzuführen sind. Man erklärt sich entschieden gegen eine Zusammenlegung aller Ferien. Die sogenannten Sommer- und Herbstferien sind für die Volksschulen auf sechs Wochen festzusetzen.

Militärkultur. Auf dem Truppenübungsplatz Zeitz hat man über 100 Hektar Wald abgeholzt, um die Schlehnhände zu erweitern und neue anzulegen. Zu Beginn der Schlehnhändarbeiten sollen die Arbeiten beendet sein. Moloch frisst alles — Geld, Leute, Land!

Zur Fleischnot. Der Bürgermeister von Blauen gab in der letzten Stadtverordnetenversammlung bei Gelegenheit der Beratung über den Ratsantrag betreffend Errichtung einer städtischen Verkaufsstelle für Fleisch zur Verringerung der Fleischnot bekannt, daß Anfang des nächsten Jahres der Vorstand des Sächsischen Gemeinbetages zu einer Sitzung zusammenzutreten werde, wobei auch Gelegenheit gegeben sei, die Fleischnotfrage zu besprechen.

Streitjustiz. Ein Prozeß, der nicht nur wegen der Höhe der ausgeworfenen Strafen, sondern auch wegen seinem ganzen Verlauf von allgemeinstem Interesse ist, hat sich vor dem Landgericht Blauen abgespielt. Die Anklage besaß drei Maurer Hrotel, Reinhold und Siegmund, die am Reichenbacher Maurerstreik beteiligt waren, am 24. Juli zwei arbeitsfähige Böhmen bedroht und verprügelt zu haben. Hrotel soll zu den beiden gesagt haben: „Schämt euch, ihr verdient richtige Schellen!“ und Siegmund: „Wenn ihr hier arbeitet, bekommt ihr was ausgezehlt!“ In der Nacht sind die zwei Böhmen später überfallen und mißhandelt worden. Als Täter werden die drei Angeklagten angegeben, obgleich sie bloß von zweien verprügelt worden sein wollen. Als Zeugen sind neun Personen, darunter die Arbeitswilligen Heß und Rietsch, erschienen. Diese bezeichnen mit Bestimmtheit und unter Eid Hrotel und Siegmund als diejenigen, die sie bedroht und gemißhandelt haben. Nach den Aussagen der übrigen Zeugen ist es jedoch ausgeschlossen, daß Hrotel und Siegmund die Täter gewesen sein können. Auch der Staatsanwalt ist der Ansicht, daß die Aussagen Heß und Rietschs unzutreffend sein müssen. Er stellte keinen Strafantrag, die Angeklagten wegen Körperverletzung zu bestrafen, sondern Hrotel und Siegmund wegen

Genossen von Leipzig-Ost, Kleinzschocher, Schleussig usw.
Sonntag, den 9. Dezember, von früh 11 bis abends 7 Uhr
Jugendschriften-Ausstellungen
 im Saale der Silberpappel, L.-Volkmarsdorf, Kirchstrasse, und im Saale des Bürgergarten, L.-Kleinzschocher.
 Zu zahlreichem Besuch laden ein [285285] **Die Vorstände der Ortsvereine.**